

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Haushalt

Kommissar Hahn dringt auf Überarbeitung des MFR

>> 3

Digitalisierung

„Elektronische Brieftasche“ in der EU kommt

>> 4

Nahost

Weitere Hilfen für zivile Bevölkerung im Gazastreifen

>> 5



Mit Hilfe von Arbeitsmigration will die EU-Kommission dem Mangel an qualifizierten Fachkräften wie etwa im Baugewerbe entgegenzutreten.

© Shutterstock

■ EUROPÄISCHES SEMESTER

Fokus auf Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Zum Auftakt des Europäischen Semesters 2024 hat die EU-Kommission die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit betont. Dazu gehört, dass Hürden für private und öffentliche Investitionen abgebaut, unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen unterstützt und Bildung für den grünen und digitalen Wandel gefördert werden. Zudem soll im kommenden Jahr die allgemeine Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts deaktiviert werden. Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission erläuterte: „Die aktuellen geopolitischen Umwälzungen und die Dringlichkeit weiterer Fortschritte beim grünen und digitalen Wandel veranlassen uns, die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit Europas in den Mittelpunkt unseres heutigen Pakets zum Europäischen Semester zu stellen.“

[Haushaltspläne](#)


■ ARBEITSKRÄFTEMANGEL

EU-Kommission startet Fachkräfte-Initiative


Im globalen Wettbewerb um Fachkräfte muss Europa attraktiver werden. Die EU-Kommission hat den Mitgliedstaaten ein Paket aus Maßnahmen vorgeschlagen, das an auswärtige Arbeitssuchende gerichtet ist. Dazu gehört ein sogenannter „Talentpool“: eine europäische Online-Stellenbörse, über die sich qualifizierte Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern leichter auf Jobs bewerben können sollen. Zudem soll die Anerkennung der Bildungsabschlüsse von Bewerberinnen und Bewerbern aus Drittstaaten vereinfacht werden. Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission, erklärte bei der Vorlage der Initiative: „Arbeitsmigration kann ein wichtiges ergänzendes Mittel sein, um dauerhafte Lücken zu schließen.“

EU-Innenkommissarin Ylva Johansson hatte bereits zuvor betont: „Um im globalen Wettstreit um Talente gut abzuschneiden, müssen wir die Politik der EU im Bereich der legalen Migration kontinuierlich weiterentwickeln und anpassen.“ Die EU-Kommission hat 42 Wirtschaftsfelder identifiziert, denen ein akuter Arbeitskräftemangel droht – vom Bau und Transport über Pflege- und Klinikpersonal bis hin zu IT-Experten. Demnach wird die EU auch ihr Ziel von 20 Millionen IT-Expertinnen und Experten bis 2030 um rund 11 Millionen Fachkräfte verfehlen.

Die Fachkräfte-Offensive der EU-Kommission sieht unter anderem vor:

 **Neuer Talentpool:** Drei Viertel der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der EU finden nicht die entsprechenden Arbeitskräf-

te. Bis Ende des Jahrzehnts werden laut Johansson in der EU rund 7 Millionen Beschäftigte fehlen. Die EU-Kommission schlägt deshalb einen Talentpool vor, an dem sich die Mitgliedstaaten freiwillig beteiligen können: Ein gemeinsames Jobportal im Internet, auf dem Unternehmen aus der EU offene Stellen melden und Fachkräfte aus Drittstaaten ihre Bewerbungen hochladen können. Zudem sind dort auch Einreiseinformationen verfügbar, wie etwa Visa-Bestimmungen. Ein ähnliches Online-Portal besteht bislang schon für offene Stellen innerhalb der EU: [EURES](#). Diese Stellenbörse verzeichnet derzeit rund 3 Millionen unbesetzte Arbeitsplätze.

 **Leichtere Zeugnis-Anerkennung:** Bewerberinnen und Bewerber aus Drittstaaten müssen häufig darum kämpfen, dass ihre im Ausland erworbenen Qualifikationen anerkannt werden. >>

“
Das stärkt unsere Bemühungen, die EU als Ziel für Fachkräfte attraktiver zu machen.
 Ylva Johansson, EU-Innenkommissarin
 ”

Herbstprognose Inflation sinkt

Die EU-Kommission legt regelmäßige Bewertungen der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa vor. Die Herbst-Prognose in vier Zahlen:

83,9 Prozent

beträgt die Beschäftigungsquote in diesem Jahr in Deutschland, bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen. Das ist ein Rekordhoch und liegt 0,6 Punkte über der Quote des Vorjahres.

0,8 Prozent

wird die Wirtschaft in Deutschland im kommenden Jahr voraussichtlich wachsen. Das wäre ein leichtes Plus nach einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,3 Prozent in diesem Jahr. EU-weit steigt die Wirtschaftskraft um 1,3 Prozent in diesem Jahr und 1,6 Prozent 2024.

3,1 Prozent

beträgt die Erwerblosenquote in diesem Jahr in Deutschland, EU-weit liegt die Quote bei 6,0 Prozent. Für 2024 erwartet die EU-Kommission für Deutschland einen leichten Anstieg auf 3,2 Prozent (EU 6,0 Prozent). EU-Kommissar Paolo Gentiloni erklärte: „Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor widerstandsfähig.“

3,1 Prozent

ist die erwartete Inflationsrate in Deutschland im Jahr 2024, ein starker Rückgang nach einer Inflationsrate von 6,2 Prozent in diesem Jahr. EU-weit fällt die Inflation 2024 auf 3,5 Prozent, nach 6,5 Prozent in diesem Jahr.

>>

Die EU-Kommission will die Anerkennung dieser Abschlüsse erleichtern. Von einem „brain waste“ sprach Schinas, einer Vergeudung von Talent, wenn wegen zu hoher Verwaltungshürden in Europa dringend benötigte Fachkräfte keine Jobs annehmen können oder unter ihrem Bildungsniveau beschäftigt werden.



Höhere Bildungsmobilität: Das europäische Austauschprogramm *Erasmus+* bietet seit mehr als drei Jahrzehnten die Chance, im Ausland zu lernen – zunächst galt das nur für Studierende, dann kamen Auszubildende sowie Schülerinnen und Schüler dazu. Mit dem Programm „Europa in Bewegung – Lernmobilität für alle“ soll das Angebot weiter ausgebaut werden. Das Ziel lautet, dass 25 Prozent der Studierenden, 15 Prozent der Auszubildenden und 20 Prozent der Lernenden mit geringen Chancen einen Bildungsabschnitt im Ausland verbringen. Bildungs-Kommissarin Iliana Ivanova betonte: „Wir glauben an eine Zukunft, in der die Möglichkeit zum Lernen im Ausland kein Privileg, sondern ein Standardangebot ist, das allen offensteht.“

Über die Blaue Karte der EU – *Blue Card* – besteht für Hochqualifizierte aus Drittstaaten seit 2021 die vereinfachte Möglichkeit, eine Stelle in Europa anzutreten. Nun will die Kommission die Talent-Initiative ausweiten. Schinas betonte, Europa stehe in einem globalen Wettbewerb um künftige Spitzenkräfte.

NEUE TALENT-PARTNERSCHAFTEN

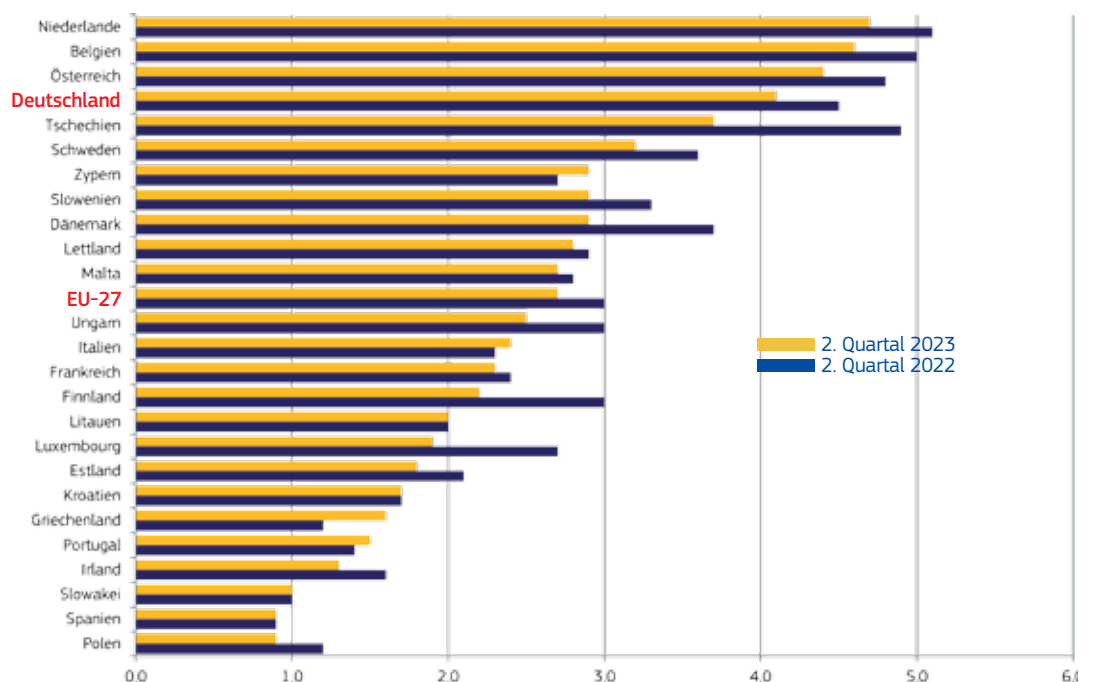
Neben der Blue Card arbeitet die EU-Kommission auch an Talent-Partnerschaften: maßgeschneiderter Partnerschaften mit Nicht-EU-Ländern, die die Zuwanderung von Arbeitskräften beinhalten, etwa zur Ausbildung. Derzeit werden solche Bündnisse mit Ägypten, Tunesien, Marokko, Bangladesch und Pakistan angestrebt. Deutschland arbeitet an einer bilateralen Vereinbarung mit Marokko über die Fachkräfte-Zuwanderung als Teil einer gegenseitigen Migrationsvereinbarung.

Angesichts des demografischen Wandels wird der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der EU bis zum Jahr 2070 auf 55 Prozent sinken, 2019 hatte er noch bei 65 Prozent gelegen. Die Herbstprognose der EU-Kommission analysierte deshalb in einem Sonderkapitel den *Arbeitskräftemangel*. Demnach nimmt die Zahl der fehlenden Fachkräfte in Ländern mit einer alternden Erwerbsbevölkerung schneller zu. In Deutschland war nach Angaben von Eurostat im zweiten Quartal 2023 fast jede fünfte Stelle unbesetzt. (pr)

Fachkräfte-Initiative

Anteil offener Stellen in den EU-Mitgliedstaaten
(nicht saisonbereinigt; in Prozent)

Quelle: Eurostat



■ MEHRJÄHRIGER EU-FINANZRAHMEN

Kommissar Hahn dringt auf Übereinkunft zum langfristigen Haushaltsplan

Nach der Übereinkunft von Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament auf den EU-Haushalt für 2024 hat die EU-Kommission dazu aufgerufen, sich rasch auf eine Überarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) zu einigen.

Haushaltskommissar Johannes Hahn sagte, die von der EU-Kommission vorgeschlagene Überarbeitung des MFR sei erforderlich, „um die notwendigen Ressourcen für dringende neue Bedürfnisse bereitzustellen und um einen angemessenen Handlungsspielraum zu erhalten für die Reaktion auf Entwicklungen, die kommen werden“. Im kommenden Jahr können 189,4 Milliarden Euro verplant werden. Das sind die sogenannten Verpflichtungen, deren Auszahlung auf mehrere Haushaltsjahre verteilt werden kann. An tatsächlichen Zahlungen sind für das kommende Jahr 142,6 Milliarden Euro vereinbart.

Wegen neuer Herausforderungen wie die Unterstützung der Ukraine hatte die EU-Kommission vorgeschlagen, die Mittel für den Haushalt

bis 2027 aufzustocken. Darin enthalten ist auch ein Sonderfonds für die Ukraine über rund 50 Milliarden Euro bis 2027. Um die langfristige Finanzierung von Vorhaben zu sichern, arbeitet die EU mit mehrjährigen Finanzrahmen. Der aktuelle Haushaltsplan läuft von 2021 bis 2027.

[Budgetplanung](#)



© European Union 2023

■ NEXTGENERATIONEU

EU-Kommission billigt deutschen Aufbau- und Resilienzplan

Die EU-Kommission hat eine positive Bewertung für den von der Bundesregierung überarbeiteten deutschen Aufbau- und Resilienzplan ([DARP](#)) abgegeben. Insgesamt kann Deutschland 28 Milliarden Euro an Zuschüssen erhalten, das sind 2,4 Milliarden Euro mehr als geplant. Der geänderten Plan sieht zusätzliche Investitionen zur Finanzierung grüner Fernwärmenetze, des privaten Erwerbs von Elektrofahrzeugen und der Errichtung einer Ladeinfrastruktur vor. Ziel ist es, die Abhängigkeit Deutschlands von fossilen Brennstoffen zu verringern und die Energieeffizienz im Verkehrssektor zu verbessern. Insgesamt

steigt der Anteil der Mittel für Klimamaßnahmen um fünf Punkte auf 47 Prozent. Von den zugesagten Mitteln wurden bislang 2,25 Milliarden Euro an Deutschland ausbezahlt.

Auf Initiative der EU-Kommission hatte die EU 2020 den Aufbaufonds NextGenerationEU beschlossen. Er sieht Mittel in Höhe von 750 Milliarden Euro vor, um die Folgen der Corona-Pandemie zu überwinden.

[Aufbauplan](#)

■ VERSORGUNGSSICHERHEIT

Breton würdigt schnelle Einigung auf EU-Gesetz über kritische Rohstoffe

Die EU-Kommission hat die politische Einigung von Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament auf ein Gesetz über kritische Rohstoffe – Critical Raw Materials Act ([CRMA](#)) – begrüßt. EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton sagte: „Das Tempo der Verhandlungen und das Ausmaß der Ambitionen zeigen, dass Rohstoffe für die wirtschaftliche Sicherheit und Widerstandsfähigkeit Europas unerlässlich geworden sind.“ Die EU-Kommission hatte den Vorschlag erst im März dieses Jahres vorgelegt. Die neue Regelung sieht vor, dass die EU bis 2030 in der Lage ist, 10 Prozent ihres jährlichen Verbrauchs an Schlüssel-

elementen in Europa zu gewinnen, 40 Prozent hier zu verarbeiten und 25 Prozent zu recyceln. Auch ergänzt das Vorhaben die Initiativen zur Diversifizierung der Versorgung, etwa durch internationale Partnerschaften im Rahmen der Strategie Global Gateway. So hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von Leyen im Juni in [Chile](#) eine strategische Partnerschaft der EU für nachhaltige Rohstoffe auf den Weg gebracht. Kritische Rohstoffe sind entscheidend für die Energiewende.

[Rohstoffgewinnung](#)

■ LANDWIRTSCHAFT

Zulassung von Glyphosat wird mit Einschränkungen verlängert

Die Mitgliedstaaten der EU konnten sich nicht mehrheitlich für oder gegen eine weitere Zulassung von Glyphosat verständigen. Bei einer entsprechenden Abstimmung im Berufungsausschuss gab es keine qualifizierte Mehrheit. Nach europäischem Recht ist die Kommission nun verpflichtet, vor dem 15. Dezember 2023 einen Beschluss zu fassen. Gestützt auf umfassende Sicherheitsbewertungen, durchgeführt von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und der

Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten, wird die EU-Genehmigung für Glyphosat für weitere zehn Jahren erneuert – allerdings verbunden mit weiteren Einschränkungen, wie etwa ein Verbot der Verwendung zur Austrocknung vor der Ernte. Die bisherige Genehmigung für Glyphosat läuft zum 15. Dezember aus.

[Pflanzenschutz](#)

Die elektronische Brieftasche macht Dokumente europaweit auf dem Mobiltelefon verfügbar

Im Urlaub mit dem elektronischen Führerschein einen Mietwagen ausleihen? Läuft. Beim Erasmus-Aufenthalt im Ausland mit dem digitalen Ausweis ein Konto eröffnen? Geht. Bei der Bewerbung einfach das Abschlusszeugnis per Mobiltelefon vorlegen? Kommt. Möglich macht das künftig die neue digitale Brieftasche, eine Initiative der EU-Kommission, auf die sich Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament verständigt haben. In ihr können alle Dokumente in einer App digital verwaltet werden.



In einer App sind auf dem Mobiltelefon künftig Ausweis, Führerschein und Abschlusszeugnisse digital verfügbar und werden EU-weit anerkannt.

© Shutterstock

Überweisung in Sekunden

Sofortzahlungen sollen in der EU künftig kostengünstig zur Verfügung stehen. Darauf haben sich das Europäische Parlament und der Rat der EU-Staaten verständigt. Die neue Regelung für Überweisungen in Echtzeit sieht vor, dass ein Geldtransfer innerhalb der EU in kürzester Zeit möglich sein muss, auch außerhalb regulärer Geschäftszeiten und von Land zu Land. So muss der Betrag in wenigen Sekunden nach Freigabe der Zahlung beim Empfängerkonto eingehen.

EINE APP FÜR ALLE DOKUMENTE

Die EU-Kommission lobte die Einigung der beiden Gesetzgeber. Vizepräsidentin Věra Jourová sagte: „Die Brieftasche für digitale Identitäten wird eine neue Ära des digitalen Jahrzehnts einläuten, da sie eine bequeme und sichere Möglichkeit darstellt, persönliche digitale Dokumente zu verwalten und täglich auf öffentliche und private Online-Dienste zuzugreifen.“

Die neue Regelung sieht unter anderem vor:

▶ Europäische digitale Identität (EUID): Alle Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen in der EU werden Anspruch auf eine EUID-Brieftasche haben, die in allen Mitgliedstaaten anerkannt wird. Öffentliche und bestimmte private Dienste werden die Brieftasche akzeptieren müssen. Bürgerinnen und Bürger können selbst entscheiden, ob sie diese App – kostenlos – nutzen wollen oder nicht. Sie können auch bestimmen, welche personenbezogenen Daten sie an Online-Dienste weitergeben möchten.

▶ E-Signatur: Die europäische digitale Brieftasche sieht qualifizierte digitale Signaturen vor, etwa zur Unterzeichnung von Verträgen. Diese genießen den gleichen Rechtsstatus wie eine handschriftliche Signatur. Neben Behörden müssen auch die im Gesetz über digitale Dienste (*Digital Services Act – DSA*) benannten sehr großen Internetplattformen den digitalen Identitätsnachweis anerkennen, dazu gehören unter anderem Amazon, Booking.com oder Facebook.

▶ Datenschutz: Die App ist jederzeit kostenlos wieder löscherbar. Zudem können User leicht erkennen, wo und wann die elektronische Brieftasche zuletzt eingesetzt wurde. Datenschutzrechtliche Bedenken oder Verstöße können digital gemeldet werden. Jourová betonte: „Die Europäerinnen und Europäer werden die Kontrolle über ihre persönlichen Daten haben und diese, wenn sie es

wünschen, über eine App auf ihrem Telefon weitergeben können.“ Die neue Regelung soll 24 Monate nach der endgültigen Verabschiedung durch Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament greifen. Erste *Pilotprojekte* sind bereits angelaufen. So beteiligt sich Deutschland gemeinsam mit 18 anderen EU-Staaten sowie der Ukraine an einem Projekt zur Digitalisierung der Verwaltung, zudem sollen digitale Bankgeschäfte und der Erwerb von SIM-Karten mit der eID erleichtert werden. In einem weiteren Feldversuch – *NOBID* (Nordic Baltic eID) – unterstützt Deutschland gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten sowie Island und Norwegen Tests, etwa zur Vereinfachung digitaler Kontoeröffnungen.

DIGITALE VERWALTUNGSZUSAMMENARBEIT BESIEGELT

Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament billigten außerdem eine Initiative der EU-Kommission zum grenzüberschreitenden digitalen Austausch zwischen den Verwaltungen der einzelnen Länder. Fachleute sprechen von *Interoperabilität*. So können IT-Lösungen für Verwaltungsaufgaben zwischen den Mitgliedstaaten leichter ausgetauscht werden, aber auch notwendige Informationen zwischen den Behörden einfacher fließen. Allein die Unternehmen in der EU sparen durch den geringeren Verwaltungsaufwand bis zu 19,2 Milliarden Euro im Jahr. EU-Kommissar Johannes Hahn sagte, die Einigung „ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu besseren digitalen öffentlichen Diensten, weniger Verwaltungsaufwand und Kosteneinsparungen für alle Beteiligten“.

Die EU-Kommission hatte die Jahre bis 2030 zur digitalen Dekade ausgerufen. Zu den Zielen gehört etwa, die Digitalisierung der Lebensbereiche voranzutreiben und die digitalen Fähigkeiten der Europäerinnen und Europäer zu steigern. (pr)

Alle Dokumente auf deinem Handy

■ GAZASTREIFEN

Von der Leyen: Kampfpause für weitere humanitäre Hilfe nutzen

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat angekündigt, während der ausgehandelten Feuerpause im Gazastreifen die europäische Hilfe für die Zivilbevölkerung auszubauen. Die Präsidentin erklärte: „Die Europäische Kommission wird alles tun, um diese Kampfpause zu nutzen und humanitäre Hilfe nach Gaza zu bringen.“

Die EU-Kommission hat bisher 15 Flüge mit Hilfsgütern für die Menschen im Gazastreifen durchgeführt. Weitere sind in Planung, allein zwei Flugzeuge sollen in dieser Woche landen. Bisher wurden 600 Tonnen an Hilfsgütern für notleidende Menschen im Gazastreifen auf den Weg gebracht. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dankte bei einem Besuch in Ägypten den Behörden des Landes, dass sie den Zugang für humanitäre Hilfe nach und von Gaza sicherstellen. Sie sagte am Flughafen Al-Arisch, über den die europäische Hilfe abgewickelt wird: „Ägypten stellt wirklich eine Rettungsleine für Gaza bereit. Und die Europäische Union nutzt diese Rettungsleine in vollem Umfang, um auf den humanitären Bedarf in Gaza zu reagieren.“

AUSBAU DER LOGISTIK

Von der Leyen sicherte auf ihrer Reise nach Ägypten die Hilfe der EU-Kommission beim Ausbau des logistischen Drehkreuzes Al-Arisch zu. Zudem prüft die EU-Kommission gemeinsam mit Mitgliedstaaten wie Zypern die Lieferung von Hilfen in den Gazastreifen über das Mittelmeer. „Wir stehen in engem Kontakt mit den zyprischen Behörden, um sie bei der Festlegung der logistischen Parameter eines solchen Korridors zu unterstützen.“

Die neuen Flüge, die von Brindisi in Italien, dem rumänischen Bukarest sowie Ostende in Belgien starten, bringen unter anderem Decken und Zelte sowie medizinisches Material sowie Lebensmittel auf den Weg. Angesichts der aktuellen Lage hat die EU-Kommission die ursprünglich für 2023 vorgesehene humanitäre Hilfe für die Menschen im Gazastreifen auf 100 Millionen Euro vervierfacht. Von der Leyen betonte: „Die Europäische Union war seit jeher der größte Geber für die palästinensische Bevölkerung. Unser Engagement für die Menschen im Gazastreifen in Form von humanitärer Hilfe bleibt besonders entschlossen.“

Die Präsidentin hatte bei einer Geberkonferenz in Paris das lange humanitäre Engagement der EU im Gazastreifen hervorgehoben und erklärt: „Die sehr engen Beziehungen, die wir zu den Menschen in Gaza geknüpft haben, zahlen sich heute aus, weil dies die Möglichkeiten verbessert.“ In ihrem Wirken vor Ort arbeitet die EU-Kommission unter anderem mit Hilfsorganisationen wie dem UN-Kinderhilfswerk UNICEF, der Weltgesundheitsorganisation WHO, dem Welternährungsprogramm WFP sowie dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) zusammen. Dabei gelten strenge Berichtspflichten, damit Hilfsgüter nicht in falsche Hände gelangen.



Ursula von der Leyen im Gespräch mit Ägyptens Präsident Abd al-Fattah as-Sisi.

© European Union 2023

ÜBERPRÜFUNG DER ENTWICKLUNGSHILFE

Die Europäische Kommission hatte kurz nach den terroristischen Anschlägen der Hamas am 7. Oktober auch eine Untersuchung zur Entwicklungshilfe der EU für Palästina eingeleitet. Bisher wurden keine Hinweise gefunden, dass Geld zu unbeabsichtigten Zwecken umgeleitet wurde. Von der Leyen bekräftigte, dass die bestehenden Kontrollen und Schutzmaßnahmen wirksam sind. Es werden weitere Informationen bei allen Zuschuss-Empfängern und Organisationen eingeholt.

Mit Blick auf die Zukunft hat die Präsidentin zuletzt mehrfach betont, dass neben den humanitären Bemühungen alles dafür getan werden muss, eine Ausbreitung der Krise auf die Region zu verhindern. Zu dem Zweck führte sie zuletzt Gespräche mit dem ägyptischen Präsidenten Ab al-Fattah as-Sisi und dem König von Jordanien, Abdullah II. Von der Leyen bekannte sich erneut langfristig zu einer Zwei-Staaten-Lösung: „So sehr wir uns den aktuellen Erfordernissen stellen müssen, müssen wir auch über morgen nachdenken.“

Auch der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, weilte zu Gesprächen in der Region. Die mehrtägige Reise führte den Vizepräsidenten der Kommission nach Israel, Ramallah, Bahrain, Saudi-Arabien, Katar und Jordanien. (pr)

Humanitäre Hilfe

Von der Leyen begrüßt Gaza-Vereinbarung

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die vereinbarte Freilassung von Geiseln, die die Terrororganisation Hamas aus Israel verschleppt hat, begrüßt. Sie dankte dabei allen, die auf diplomatischem Weg vermittelt haben. Zugleich forderte sie von der Hamas, alle Geiseln freizulassen. Die Präsidentin erklärte: „Jeder Tag, an dem diese Mütter und Kinder von den Terroristen als Geiseln festgehalten werden, ist einer zu viel.“ Israels Regierung und die Hamas haben sich auf eine mehrtägige Feuerpause verständigt. Die Hamas soll Geiseln freilassen, Israel palästinensische Gefangene.

Niedersachsen stellt sich auf den Klimawandel ein – auch mit seiner Waldbrandstrategie

Hinter Martin Voß an der Bürowand prangt ein großes Puzzle. Es zeigt eine Karte von Niedersachsen. Aber Voß' Blick geht weit über das Bundesland hinaus. Der Leiter des Niedersächsischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz (NLBK) in Celle sagt für die Aufgaben der kommenden Jahre: „Unsere Löschflugzeuge können in Niedersachsen eingesetzt werden. In Deutschland. Und in der EU.“



Das Löschflugzeug Air Tractor AT 802/A ist rund 7,5 Tonnen schwer und kann rund 3.000 Liter Löschwasser aufnehmen.

© Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

MASCHINEN STARTEN AUCH 2024 IN BRAUNSCHWEIG

Die Löschflugzeuge, von denen Voß spricht, sind zwei Propellermaschinen vom Typ Air Tractor AT 802/A. Technische Daten: 7,5 Tonnen schwer, Fassungsvermögen für 3.000 Liter Wasser, um Brände aus der Luft zu löschen. Nach diesem Sommer sind die beiden gelben Maschinen auch im kommenden Jahr auf dem Flughafen Braunschweig-Wolfsburg *stationiert*.

Das Risiko für Waldbrände wird aufgrund des Klimawandels weiter zunehmen. Die EU sorgt dafür, dass koordiniert Waldbränden vorgebeugt wird, und sie stimmt die Reaktion auf Brände ab. So wurde in diesem Jahr die Zahl der Löschflugzeuge der Einsatzreserve *rescEU* verdoppelt. Die europäische Flotte umfasst vier Hubschrauber und 24 Flugzeuge, davon erstmals auch zwei in Niedersachsen. Über das Pre-Positioning-Programm stehen zudem Feuerwehrlaute zur Waldbrandbekämpfung am Boden bereit, im Sommer waren auch Teams aus Bayern dabei.

LEHREN FÜR KOMMENDE JAHRE

Voß erläutert: „Wir sind Teil der *rescEU*-Flotte.“ Die Notfallreserve *rescEU* ergänzt seit 2019 das gemeinsame Katastrophenschutzverfahren der EU. Zum europäischen Bestand, der für Ernstfälle vorgehalten wird, gehören neben Medikamenten, Hilfsgütern, Einsatzteams und Bergungsgerät auch Löschflugzeuge – so wie die beiden Air Tractor aus Niedersachsen.

Im Sommer hatte Griechenland über den EU-Katastrophenschutz die Unterstützung der beiden Löschflugzeuge angefordert. Die EU startete den größten Löscheinsatz aus der Luft ihrer Geschichte. Voß' Team war zwei Wochen lang mit acht Kollegen im Einsatz, zunächst rund um Athen, später im Norden des Landes in Alexandroupolis. Dabei ging

es nicht allein um die akute Brandbekämpfung. Voß bilanziert: „Der Einsatz liefert uns auch wertvolle Erkenntnisse für mögliche Löscharbeiten in Deutschland.“ So sind die Maschinen aus Niedersachsen in Griechenland im Verbund mit griechischen und schwedischen Löschflugzeugen geflogen. Auch erfordert das Löschen aus der Luft ein gutes Zusammenspiel mit Einsatzkräften am Boden. Voß erläutert: „Da prasseln drei Tonnen Wasser nieder. Das wirbelt Steine auf. Das muss alles gut koordiniert sein.“ Wichtig in Voß' Team: die sogenannte Kontingentführung – zwei Feuerwehrlaute, die den Kontakt zur Einsatzleitung vor Ort und den Piloten in den Löschflugzeugen halten.

Europaweit gingen in diesem Jahr nach Angaben des europäischen Waldbrandinformationssystems *EFFIS* bis Ende Oktober rund 458.585 Hektar Forst in Flammen auf. Das ist etwa ein Drittel mehr als im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2022. Voß sagt: „Der Klimawandel ist erkennbar. Der lässt sich nicht leugnen.“ Und der Brandexperte nennt Beispiele aus Niedersachsen: „Im Harz hatten wir 2022 Feuer erlebt, die wir aus der Vergangenheit nicht kannten. Im Flachland hatten wir 2018 Moorbrände in ungekanntem Ausmaß. Da muss auch der Brandschutz weiterentwickelt werden.“

Auch in Niedersachsen. Nach den Erfahrungen in Griechenland orientierten sich Voß und sein Team bei ihrer Strategie zur Waldbrandbekämpfung in den kommenden Jahren an den Einsatzplänen des EU-Katastrophenschutzes. Voß' Fazit lautet: „Einfach nur Flugzeuge irgendwo hinschicken, das funktioniert nicht. Wichtig ist, dass die Flugzeuge in das Gesamteinsatzkonzept eingebunden sind.“ Es geht um das Zusammenspiel der Kräfte. So ist das in Europa. Nicht nur bei der Waldbrandbekämpfung. (pr)

Brandbekämpfung mit rescEU-Flotte

EU-Kommissar Hoekstra für ehrgeizigere Klimaziele

Vor Beginn der UN-Klimakonferenz COP28 in Dubai haben sich EU-Klimakommissar Wopke Hoekstra und der COP28-Präsident Sultan Ahmed al-Dschaber zu ehrgeizigen Zielen bei der Bekämpfung der Erderwärmung bekannt. In einer gemeinsamen Erklärung betonen die beiden die Bedeutung der Konferenz, sie biete in diesen Zeiten „eine entscheidende Gelegenheit, Einigkeit zu zeigen und das Vertrauen in den Multilateralismus in einer polarisierten Welt durch ein positives, handlungsorientiertes Engagement und konkrete Ergebnisse wiederherzustellen“.

Europa in Zahlen

77

dünne Plastiktüten wurden im Jahr 2021 in der EU pro Kopf der Bevölkerung verbraucht, elf weniger als im Jahr zuvor und ein historischer Tiefststand. Das geht aus [Zahlen der EU-Statistikbehörde Eurostat](#) hervor. Die meisten Kunststofftüten pro Kopf wurden im Jahresverlauf in Litauen verbraucht (227), es folgen Tschechien (181) und Lettland (156). Deutschlands Kundinnen und Kunden haben mit 33 Tüten pro Kopf europaweit den drittniedrigsten Verbrauch an Plastiktüten, weniger Nachfrage gibt es nur in Schweden (2) und Belgien (1). Seit 2022 dürfen Kunststofftüten mit einer Wandstärke von 0,05 Millimetern in der EU an Kassen nicht mehr abgegeben werden, Ziel ist, bis 2025 den Verbrauch europaweit auf 40 Plastiktragetaschen pro Kopf zu senken.

[Plastiktüten](#)

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 27.11.2023 18.00 Uhr	„The Cost of Non Europe“ Präsentation der Studie Veranstalter: Europe Direct München	Europäisches Haus Berlin Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/TheCostOfNonEurope
> 28.11.2023 16.00–20.00 Uhr	„Fokus Europawahlen 2024“ Erste Münchner Europa-Werkstatt Veranstalter: Europe Direct München	Munich Urban Colab Freddie-Mercury-Straße 5 80797 München	https://stadt.muenchen.de/infos/europe-direct-muenchen
> 29.11.2023 15.00–17.00 Uhr	„Unboxing Europe – Gemeinsam Europa verstehen“ Workshop Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Online	www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/29-11-2023/unboxing-europe-gemeinsam-europa-verstehen
> 30.11.2023 15.00–17.00 Uhr	„EP Wahlen 2024 – Junge Menschen stärken und begleiten: Was braucht es?“ Workshop Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Online	www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/30-11-2023/ep-wahlen-2024-junge-menschen-staerken-und-begleiten-was-braucht-es
> 30.11.2023 18.00–19.30 Uhr	„30 Jahre Europäischer Binnenmarkt. Neue Visionen für ein grünes Europa“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung	Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstraße 8 10117 Berlin	www.netzwerk-ebd.de/termine/heinrich-boell-stiftung-30-jahre-europaeischer-binnenmarkt/
> 01.12.2023 18.00–19.30 Uhr	„Wie kann die energetische Gebäudesanierung verbraucherfreundlich gestaltet werden?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv), Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland	Europäisches Haus Berlin Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://germany.representation.ec.europa.eu/events/wie-kann-die-energetische-gebauedesanierung-verbraucherfreundlich-gestaltet-werden-2023-12-01_de
> 07.12.2023 10.00–17.15 Uhr	„Europa als (sächsischer) Bildungsmotor? – Barrieren und Potenziale“ Symposium Veranstalter: Europäische Bewegung Sachsen	Zeitgeschichtliches Forum Leipzig Grimmaische Straße 6 04109 Leipzig	www.netzwerk-ebd.de/termine/eb-sachsen-europa-als-saechsischer-bildungsmotor-barrieren-und-potenziale/

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [<<](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de)

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2023

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Berthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



■ FAKT ODER FAKE

Planspiel zum Umgang mit Desinformation

Mit dem Planspiel Fakt oder Fake können Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen die Verhandlungen des Parlaments der Europäischen Union über eine neue EU-Verordnung zur Regulierung von Desinformation und Hassrede in sozialen Netzwerken simulieren. Grundidee des Planspiels ist es, dass die Teilnehmenden die Interessen und Positionen der von ihnen dargestellten Abgeordneten verinnerlichen und dadurch ein besseres Verständnis für die Dynamik und Komplexität politischer Verhandlungsprozesse entwickeln. Formate wie Bingo, Puzzle, Pub Quiz und Tweetwall bereiten auf das Planspiel vor.

Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland bietet für Lehrkräfte sowie Trainerinnen und Trainer Fortbildungen an. Dabei werden die sechs Kurzformate vorgestellt und die Runde kann das Planspiel kurz anspielen. Die Fortbildungen finden online statt und werden ab einer Mindestteilnehmerzahl von 15 Personen durchgeführt. Die nächsten Termine sind der 30. November und der 5. Dezember, jeweils von 15:00 bis 17:30 Uhr.

[Planspiel Fakt oder Fake](#)



© European Union 2023

■ RETROSPEKTIVEN UND VERANSTALTUNGEN

Month of European Film

Noch bis zum 9. Dezember steht in 70 Städten in ganz Europa der europäische Film im Fokus. In Sonderprogrammen, Retrospektiven und verschiedenen Veranstaltungen wird die große Vielfalt des europäischen Films gefeiert. Gleichzeitig präsentiert die Streaming-Plattform [MUBI](#) einen Schwerpunkt zum europäischen Film, und das VOD-Portal [DAFilms](#) stellt eine Auswahl europäischer Dokumentarfilme vor. Den Abschluss des europäischen Filmmonats bildet die Verleihung der European Film Awards in Berlin am 9. Dezember.

Zahlreiche Kinos konzentrieren sich während des Monats des europäischen Films auch auf Filme aus einem bestimmten europäischen Land: Es gibt eine tschechische Filmwoche in Kroatien, ein französisches Filmfestival in der Tschechischen Republik, eine französische Filmwoche in Berlin, spanische Filmtage in Nordmazedonien und ein estnisches Filmfestival auf Malta.

[Month of European Film](#)

■ ONLINE-GAME

Neue Trainings zu „Fabulous Council“

Das Online-Spiel „Fabulous Council“ ist in diesem Jahr an den Start gegangen, Schülerinnen und Schüler machen sich hier gemeinsam auf die Suche nach Kompromissen. In einer Demokratie können Entscheidungen nur getroffen werden, wenn man aufeinander zu geht. Das erfahren die Schülerinnen und Schülern von Haupt-, Real-, Gesamt- und Gemeinschaftsschulen (im Alter von 13 und 14 Jahren) auf spielerische Art und Weise. Das Thema ist mit Blick auf die bevorstehenden Europawahlen 2024 besonders relevant. Im Juni können bundesweit erstmals auch die 16-Jährigen wählen. Projektbegleitend bietet die EU-Kommission Fortbildungen für Lehrkräfte, Trainerinnen und Trainer an. Die nächsten Online-Trainings finden am 28. November sowie am 6. und 7. Dezember, jeweils um 15:00 Uhr, statt. Zudem gibt es die Möglichkeit, Spiele-Ambassadors für den Unterricht zu buchen. Diese führen das Online Game in der Klasse (vorzugsweise online) durch.

[Fabulous Council](#)

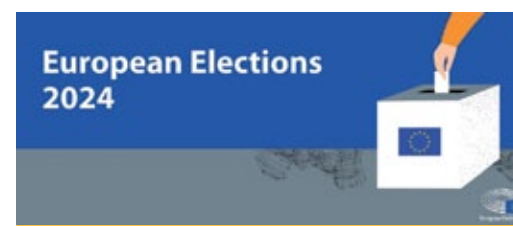
■ GEMEINSAMFUER.EU

Mitmach-Kampagne für Europa-Begeisterte

Gemeinsamfuer.eu ist eine Gemeinschaft von Menschen, die an die europäische Demokratie glauben und andere für die kommende Europawahl am 9. Juni begeistern wollen. Die Freiwilligen-Kampagne bringt Menschen aus ganz Europa zusammen, um sich zu treffen, Wissen auszutauschen und neue Fähigkeiten zu erlernen. Wer sich einbringen will, kann sich unter [gemeinsamfuer.eu](#) anmelden. Je mehr Menschen wählen gehen, desto stärker wird unsere Demokratie!

13.600 Menschen sind in Deutschland bereits angemeldet, 131.000 EU-weit. Das Europäische Parlament unterstützt diese Freiwilligen-Community unter anderem mit Schulungen, Informationsmaterial, Präsentationen zu kostenlosen EU-Angeboten für junge Menschen; Kontakt zu Europaabgeordneten sowie bei der Organisation eigener Veranstaltungen und deren Bewerbung.

[gemeinsamfuer.eu](#)



© European Parliament 2023